

LOTHAR THEEL KÜNDIGT DIE MITGLIEDERSCHAFT AN DER FDP SACHSEN-ANHALT FAG

erschienen am 5. Juni 2012

[FDP, Sachsen-Anhalt](#)

Am Donnerstagabend traf sich der Vorstand der FDP Sachsen-Anhalt im Rahmen seiner Vorstandssitzung. Anwesend waren unter anderem der amtierende Präsidiumsmitglied des Landesverbandes Lothar Theel.

Thema des Gesprächs war die anstehende Veränderung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Ländern. Die finanzielle Lage der Kommunen und die damit verbundenen öffentlichen Leistungen für die Bürger unseres Landes bestünde in Gefahr. Bund und Landkreistag waren sich einig, dass gerade die Kommunen erhebliche Einbußen befürchten müssen, was die Entwicklung im Raum Sachsen-Anhalts negativ beeinflussen wird. Bei den Gesprächspartnern, dass die Landesregierung die Gesetzesänderungen, von denen derzeit nicht einmal

ein Referat, das dann bis Jahresende durch den Landtag zu peitschen. Eine solche Schätzung sei so nicht möglich, die Landesregierung solle ihren Zeitplan her.

Ein weiterer Kritikpunkt ist auch das vom Finanzministerium in Auftrag gegebene Gutachten des Finanzministers a.D. in Rheinland Pfalz, das als Grundlage für den Entwurf soll. Die Ergebnisse der Studie legen stark den Verdacht nahe, dass die Regierung nicht vor habe, sich an einer verfassungskonformen Finanzplanung zu orientieren, sondern schlicht am Geld. Der Deubels Ländervergleich mit seinen angegeben Zahlen sei nicht nur ungenau und habe in vielen Fällen nicht viel mit der Realität in Sachsen-Anhalt zu tun. Mehrere der Gutachter die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze als zu niedrig ohne darauf hinzuweisen, dass unser Bundesland Sachsen-Anhalt die zweithöchsten Hebesätze habe und auch im bundesweiten Vergleich im Normalmaß liege. Beispiele ähnlicher Qualität gebe es in der Tat nicht gerade das Vertrauen in die Studie selber Stärke.

Derzeit könne man nur hoffen, dass das Finanzministerium auch bei dem Entwurf eines neuen Finanzausgleichs auf die Ideen im Deubel-Gutachten eingehe, bzw. die Ideen für die Umsetzung 2006 bei der Gemeindegebietsreform nun nicht auch noch die finanzielle Existenzgrundlage entziehe.

"Die FDP Sachsen-Anhalt ist auf dem Finanzmarkt gespannt und erinnert an dieser Stelle gern auch noch einmal an den beim letzten, vom Verfassungsgericht kassierten, alternativen Gesetzesentwurf eingebracht hatte. Wir erwarten vom Minister zum Wohle der Ausgestaltung der Kommunalverwaltung den Blick in unseren Entwurf zu werfen", so Landesvorsitzender.